

Antrag

Hannover, den 29.06.2021

Fraktion der SPD
Fraktion der CDU

Aktionsplan gegen die Verschwendung von Lebensmitteln und zur Stärkung der Tafeln

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

In Deutschland landen Jahr für Jahr 12 bis 18 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll. Das ist im Durchschnitt ein Drittel des aktuellen Verbrauchs von 54,5 Millionen Tonnen. Verbraucherinnen und Verbraucher werfen pro Kopf etwa 75 Kilogramm Lebensmittel im Jahr weg. In der Summe sind das jedes Jahr Lebensmittel im Wert von ca. 20 Milliarden Euro.

Die Hälfte dieses vermeintlichen Abfalls wäre noch genießbar. Insbesondere tragen Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Handel zur Vernichtung von Lebensmitteln bei. Der verschwenderische Umgang mit Lebensmitteln wirkt sich negativ auf die Umwelt und Ressourcen wie auch auf die Versorgung aus.

Soziale Einrichtungen, wie die Tafeln, die Lebensmittel an Bedürftige abgeben und somit zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung beitragen, stehen vor bürokratischen wie auch personellen Herausforderungen. Hier wollen wir unterstützen.

Zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung und zur Unterstützung sozialer Einrichtungen bedarf es eines konkreten Maßnahmenpakets. Dazu gehört u. a. die Änderung der aktuellen Rechtslage. Die bestehende Gesetzeslage schützt die Entsorgung genießbarer Lebensmittel, statt ihr entgegenzuwirken.

Daher bittet der Landtag die Landesregierung,

1. unter Federführung des ZEHN Niedersachsen eine solide Datenbasis für die Lebensmittelverluste auf den verschiedenen Wertschöpfungsstufen, eine Ursachenanalyse und verbindliche Zielmarken zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung in Produktion, Handel, Gastronomie, Landwirtschaft und privaten Haushalten zu erarbeiten,
2. zu prüfen, inwieweit Strategien für den Umgang mit verpackten Lebensmittelabfällen etabliert werden können, da diese insbesondere im Bereich der Kompostierung Probleme verursachen und zur Plastikanreicherung in Böden führen,
3. zu prüfen, ob neben der bestehenden Förderung der LAG Tafeln auch die örtlichen Tafeln unterstützt werden können, um den wachsenden Bedarf und die Weitergabe von Lebensmitteln an immer mehr Bedürftige zu bewältigen,
4. die Initiierung einer Plattform zu prüfen, die alle an der Wertschöpfungskette Beteiligten mit den Tafeln und anderen gemeinnützigen Organisationen vernetzt.

Ferner bittet der Landtag die Landesregierung, sich auf bundespolitischer Ebene dafür einzusetzen,

1. dass eine Überarbeitung der Regelungen zum Mindesthaltbarkeitsdatum auf EU-Ebene oder zumindest auf Bundesebene erfolgt, und die Pflicht zur Ausweisung eines Mindesthaltbarkeitsdatums zu überprüfen,
2. dass haftungsrechtliche Hürden für die Weitergabe von Lebensmitteln abgebaut werden,
3. die Einführung eines Abgabengesetzes zu prüfen, welches den Lebensmitteleinzelhandel und die Lebensmittelproduktion verpflichtet, weiterhin verwertbare Lebensmittel an gemeinnützige Initiativen zur Lebensmittelrettung abzugeben.

Begründung

Die deutsche Bundesregierung hat im Februar eine „Nationale Strategie zur Verringerung von Lebensmittelabfällen“ beschlossen. Damit sollen die Lebensmittelabfälle gemäß dem globalen Nachhaltigkeitsziel bis 2030 halbiert werden. Vorgesehen sind allerdings keine verbindlichen Reduktionsziele, sondern Selbstverpflichtungen zum Erreichen von Reduktionszielen.

Eine spürbare Reduzierung der Lebensmittelabfälle wird sich allein durch freiwillige Maßnahmen der Wirtschaft kaum erreichen lassen. Um das Ziel einer Reduzierung der Lebensmittelverschwendung zu erreichen, sind verbindliche Regelungen sowohl auf Bundes- als auch auf europäischer Ebene erforderlich.

Der unverantwortlichen Lebensmittelverschwendung muss wirksam entgegengesteuert werden. Es fehlt an Wertschätzung für Lebensmittel.

Das Verschwenden von Lebensmitteln hat auch negative Folgen für unser Klima (Minderung von Treibhausgasen). Schließlich werden für die Produktion der Lebensmittel Energie, Wasser und Rohstoffe verbraucht, landwirtschaftliche Flächen genutzt und Arbeitskraft investiert. Entlang der gesamten Wertschöpfungskette gehen Lebensmittel somit verloren.

Frankreich und Tschechien zeigen, dass mit dem Verbot der Vernichtung verwertbarer Lebensmittel der Lebensmittelverschwendung im Lebensmitteleinzelhandel wirksam begegnet werden kann.

Eine optimale Ausschöpfung der Potenziale in Bezug auf Vermeidung und Weitergabe von Lebensmittelüberschüssen kann nur so erreicht werden.

Für die Fraktion der SPD

Johanne Modder
Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion der CDU

Dirk Toepffer
Fraktionsvorsitzender